

Ladenschluß

Socken oder Gurke

Aus dem Shopping am Abend wird vorerst nichts – in der Union formiert sich Widerstand.

Mitten im Gedränge des Bonner Presseballs zog Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) einen prominenten Gast beiseite. Von FDP-Chef Wolfgang Gerhardt wollte er wissen, warum die Liberalen schon wieder über die Gesundheitsreform moserten: „Verdammt noch mal, was ist jetzt schon wieder los?“

Viele Parlamentarier wollen das Projekt bis zum kommenden Sommer verschieben – weil dann die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz vorbei sind. Und die Chancen der Blockierer sind gut: Intern hat auch Fraktionschef Wolfgang Schäuble zugestimmt.

Damit ist der ganze Plan auf der Kippe, fürchtet CDU-Generalsekretär Peter Hintze, der vor zwei Jahren mit einem Reformvorstoß gescheitert war: „Jedes Zeichen von Unsicherheit ist eine Einladung an die Bremser, den Widerstand so lange auszuweiten, bis das ganze Projekt platzt.“

Der Aufschub ist besonders peinlich, weil Bundeskanzler Helmut Kohl dem FDP-Koalitionspartner eine Einigung zugesagt hatte – und Wirtschaftsminister Rexrodt vergangenen Dienstag öffentlich den Durchbruch feierte: „Heute ist für alle Liberalen ein fröhlicher Tag.“

Dietrich Genscher setzte sich demonstrativ ab: „Das wäre mir nicht passiert.“

Mangel an außenpolitischer Sensibilität kennzeichnet Kinkels Amtsführung. Mal läßt sich der AA-Chef zu rauhbauziger Kraftmeierei („Die Serben in die Knie zwingen“) hinreißen, mal verfällt er in falsche Rücksichtnahmen.

Der Bonner Schmusekurs gegenüber Teheran irritiert vor allem Amerikaner und Israelis. Seit Jahren monieren sie, Kinkel und sein Kanzler unterliefen ihre Isolationsstrategie gegenüber dem Mullah-Regime.

Immer wieder trat Kinkel bei internationalen Treffen zugunsten Teherans auf. Ohne Widerspruch ließen es Kanzler und AA-Chef auch zu, daß der Staatsminister im Kanzleramt, Bernd Schmidbauer, im Alleingang Teherans Geheimdienstchef Ali Fallahian hofierte – obwohl der mitverantwortlich für Terror- und Sabotageakte ist und die Bonner Iran-Vertretung zu einer Art Geheimdienstzentrale ausgebaut hat.

So blieb der gemeinsame Verdacht in Washington und Tel Aviv: Bonn sei vor allem deshalb auf gute Kontakte zu Teheran bedacht, weil die Regierung deutschen Firmen den Weg zu lukrativen Geschäften bereiten wolle. Schon jetzt ist Deutschland wichtigster Handelspartner des Mullah-Staates.

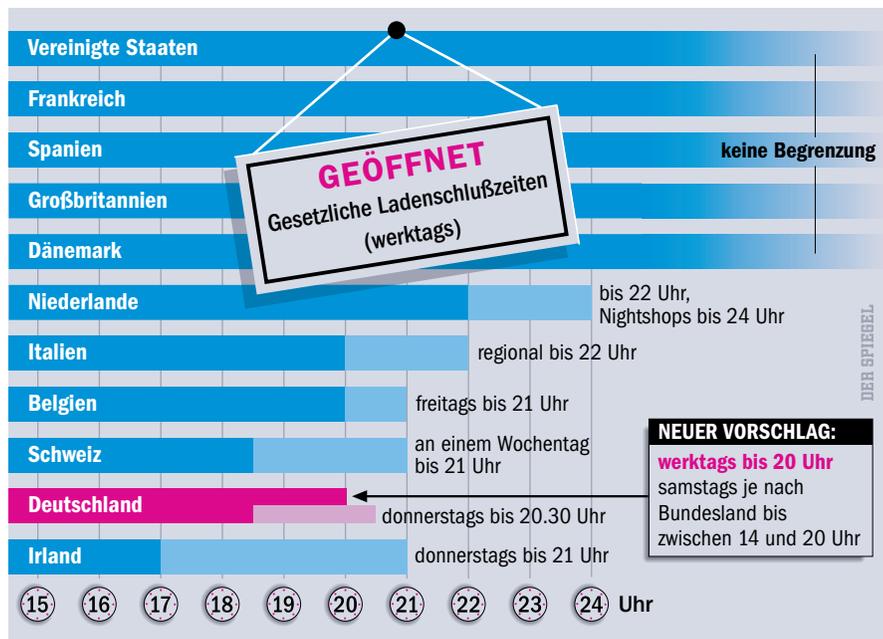
Die Partner der Deutschen in der Europäischen Union hätten den 1992 gemeinsam vereinbarten „Kritischen Dialog“ längst aufgekündigt – wenn nicht Kinkel mit Macht dazwischengegangen wäre.

Mit zehn Minuten Verspätung war der Bonner Ende September in New York zu einem Treffen von EU-Außenministern gekommen. Da waren die Kollegen eigentlich schon einig, das Gespräch mit den Iranern abzubrechen. Denn kurz zuvor hatte ein Stellvertreter Welajatis mitgeteilt, Iran habe seinerseits die Nase voll – Teheran wolle sich nicht ständig kritisieren lassen.

Kinkel griff sofort ein: „Wir brechen nicht ab!“ rief der Bonner in die Runde. „Wollt ihr euch etwa vorwerfen lassen, daß ihr nur das macht, was die Amerikaner und Israelis von euch verlangen?“

Zugleich erbot er sich, sofort mit Welajati („Mit dem kann ich sehr gut“) zu telefonieren. Minutenlang redete der AA-Chef auf den Iraner ein – bis auch der einlenkte und der Fortsetzung des Dialogs zustimmte.

Heute wäre Kinkel wohl froh, wenn er dem Drängen seiner EU-Partner nachgegeben hätte. Denn zeitweise hatte Welajati gedroht, zur Strafe nicht zur Islam-Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn zu kommen. Das hätte dem Nachfolger Genschers die größte Schlappe seiner Außenminister-Zeit erspart.



Gerhardt reagierte locker. Seehofer brauche um seine Reformpläne nicht zu bangen, erklärte er munter, „wenn die Union dafür beim Ladenschluß lange Leine läßt“. Sein Rat: „Bleiben Sie mal ganz gelassen.“

Doch inzwischen ist es auch bei den Liberalen mit der Ruhe vorbei. Ausgerechnet das Lieblingsprojekt des ohnehin angeschlagenen FDP-Wirtschaftsministers Günter Rexrodt und seines Parteichefs Gerhardt droht zu scheitern: Aus dem Shopping am Abend wird vorerst nichts.

Schuld daran ist ein plötzlicher Aufstand der Hinterbänkler. Nachdem sich die Spitzen der Koalition auf den Deal Gesundheitsreform gegen Ladenschluß verständigt hatten, verhinderten Abgeordnete der Unionsfraktion die Reform.

„Wir machen uns lächerlich“, glaubt Hans Michelbach, CSU-Abgeordneter und einziger Einzelhändler im deutschen Bundestag. „Wie wollen wir denn den Öffentlichen Dienst reformieren oder den Samstag zum Regelarbeitstag machen, wenn wir nicht mal so was schaffen?“ Im Ausland, wo fast überall die Läden abends länger offen sind (siehe Grafik), wird die deutsche Regelung ohnehin belächelt.

Gegen alle Reformbemühungen hat sich eine ungewöhnliche Allianz zusammengefunden. Dazu gehören Händler mit kleinen und mittleren Läden und die Gewerkschaften, die Verkäufer im Einzelhandel vor unangenehmen Arbeitszeiten schützen wollen und die vor allem einen Zuwachs der Teilzeitarbeit fürchten: Teilzeitbeschäft-

tigte sind selten Gewerkschaftsmitglieder.

Vor der vergangenen Bundestagswahl war es der Kanzler, der einknickte, als der Einzelhandel eine Protestkampagne mit Anti-Kohl-Plakaten androhte. Inzwischen gibt es viele Geschichten von der Macht der Bremser.

CDU-General Hintze etwa wurde nicht nur bei öffentlichen Parteiveranstaltungen von einem Trupp von Ladenschlußgegnern verfolgt, der die Veranstaltungen sprengte. Er kann im heimischen Königswinter „weder Socken noch Gurken“ unbehellig einkaufen – immer wieder wird er wegen seiner Reformpläne angegiftet.

„In diesen Tagen haben viele Frauen im Handel geweint, weil sie nicht wissen, wie sie Familie und veröffentlichte Öffnungszeiten unter einen Hut bringen sollen“, barmt Hubertus Tessar, Geschäftsführer des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels. „Doch wen interessiert das schon bei Mittelstandskillern in Politik und Medien?“

Für die Gewerkschaften geht der Kampf jetzt erst richtig los. In der kommenden Woche plant etwa die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen bundesweit Protestaktionen, die im Weihnachtsgeschäft und später in den Bundesländern mit Landtagswahlen noch ausgeweitet werden sollen. „Wir kämpfen um jeden Abgeordneten“, tönt Hubert Gartz, Vizechef der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG).

Dabei wollten die Unionsstrategen diesmal besonders clever sein und genau solche Schaukämpfe vermeiden. Eine Mini-Lösung – werktags Ladenschluß um 20 Uhr, Samstags je nach Bundesland zwischen 14 und 18 Uhr – sollte Unentschlossene überzeugen.

Doch die halbe Lösung macht alles doppelt so schwierig. Wegen der Sams-tagsregelung muß wahrscheinlich auch der Bundesrat der Ladenschlußnovelle zustimmen. Damit ist das Projekt erst recht gefährdet – etliche sozialdemokratische Ländervertreter wollen Zusatzvereinbarungen für die Einzelhandelsbeschäftigten mit geringer Stundenzahl, für die bislang keine Beiträge zur Sozialversicherung fällig sind.

Und gerade für kleine und mittlere Händler sei die 20-Uhr-Regelung die schlechteste Lösung, warnt Uwe-Christiane Träger vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München: „Bis 20 Uhr werden auch große Läden geöffnet bleiben, erst danach haben die Kleinen richtig große Chancen.“

Die Anti-Stimmung habe die Verbraucher ohnehin schon verunsichert: „Selbst wenn es doch noch möglich wird, abends einzukaufen“, fürchtet der Wirtschaftsforscher, „werden sich höchstens ein paar Leute mit schlechtem Gewissen in die Läden schleichen.“ □

Der Prozeß

RUDOLF AUGSTEIN

Er habe, so sagte der Attentäter, allein gehandelt, aber „vielleicht mit Gott“. Eines der wenigen aufschlußreichen Worte gegenüber all den Ruhmesreden auf den ermordeten Jizchak Rabin.

In den Staat Israel ist von Anfang an eine Bruchstelle eingebaut. Die Gründer von David Ben-Gurion bis hin zu Jizchak Rabin waren mehrheitlich Agnostiker, brauchten aber das biblische Erbe von Salomo bis zu Herodes, um ihre Politik der bewaffneten Landnahme religiös zu untermauern. Der Staat wurde ein Parlamentsstaat – der einzige in der Region – und ein Gottesstaat.

Was aber wollte Gott? Glaubte man den Rabbinern, wollte er die Eroberung bis hin zum Jordan und darüber hinaus. Bis zum Sechstagekrieg 1967, einem klassischen, aber berechtigten Präventivkrieg, hatte der Judenstaat trotz aller vorangegangenen Vertreibungen noch oder wieder 15 Prozent Araber in seinen Staatsgrenzen, Bürger zweiter Klasse.

Der Sechstagekrieg gab Israel, was es gegen alles Uno- und Völkerrecht nach Lage der Dinge verlangen mußte: das arabisch bewohnte Ost-Jerusalem und einige Grenzkorrekturen. Sie wollten aber, gemäß ihrer Eroberungs-Theologie, mehr.

Rabin war nicht der Leuchtturm, den Helmut Schmidt in ihm sieht (den ermordeten Anwar el-Sadat macht er zwillingshalber zu einem „hervorragenden und erfolgreichen militärischen Führer“).

Rabin war auch kein ausgepichteter Diplomat. Ende März mußte er einen „Notbesuch“ bei Helmut Kohl in Bonn machen, den er, so die Zeitung *Yediot Achonot*, durch unbedachte Äußerungen erzürnt hatte; und dann knallte er auch noch den Hörer hin.

Daß er wegen eines verbotenen Dollarkontos 1977 als Premier abtreten mußte, wurde in die Schuhe seiner Frau Lea, einer geborenen Schloßberg aus Königsberg, geschoben.

Rabin war auch kein Märtyrer, kein Zeuge der Wahrheit. Für diese Bezeichnung hätte er vermutlich nur ein halbes mokantes Lächeln übrig gehabt. Wäre dann nicht jeder seiner Soldaten ein Märtyrer gewesen?

Er hat die Flüchtlingskolonnen, die 1967 nach Jordanien flohen, mit Na-

palm eingedeckt. Er billigte 1982 Ariel Scharons eigenmächtigen Vorstoß, der den Libanon zerstörte.

Er hat nicht nur zugelassen, sondern befohlen, daß halbwüchsigen palästinensischen Steinewerfern zu Beginn der Intifada 1987 die Knochen gebrochen wurden. Alles nur „im Glauben an Gott und seine Gebote“, wie Helmut Schmidt meint? Rabins Glaube war das nicht.

Furcht kannte er nicht. Aber auch Gottesfurcht war seinem politischen Handeln fremd. Über 70 Jahre mußte er alt werden, bis er vor der Knesset den für ihn revolutionären Satz sprach, der im Tumult unterging: „Wir kamen nicht in ein leeres Land.“ Ein wahrer, ein sehr weltlicher Satz.

Was war geschehen? Nichts Aufregendes, keine Bekehrung, kein Damaskus-Erlebnis. Man muß kein kühler Rechner sein, der Rabin war, um zu erkennen, daß man am Ende einer Sackgasse angelangt ist.

Worum ging es nun? Um einen geordneten Rückzug, der den Staat Israel, dieses zionistische Doppelgebilde, in seinen Grundfesten nicht erschüttern konnte.

Wer würde so etwas ausführen? Der – wieder – Premierminister, Generalstabschef von 1967, der nicht vor den Arabern Angst gehabt hatte, sondern davor, daß die USA ihn zu früh stoppen würden.

An den Haß, an die religiösen Absurditäten, die den Siedlern von den Rabbinern mit auf den Weg in das neue Gelobte Land ins Gepäck gelegt worden waren, dachte kaum jemand. Rassismus keimte auf, Überlegenheits-Idiotie gegenüber den gedemütigten Palästinensern. Was hatten sie überhaupt hier zu suchen?

Mit Rabin ist für alle Radikalen der „Richtige“ ermordet worden, wenn auch von den „falschen“ Leuten. Er war der Mann, der den Kriegs- wie den Friedensprozeß mehr als jeder andere verkörperte.

Als er, wie immer ungeschützt, vor einer riesigen Menge sprach, schien ihn doch ein Moment der Rührung überwältigt zu haben. Mein Jugendfreund Uri Avnery, der ihn recht gut kannte, hat ihn wenige Minuten vor den tödlichen Schüssen zum ersten Mal singen sehen.